

## Gusmao kandidiert nicht

Osttimors Präsident, Xanana Gusmao, will bei den Wahlen am 9. April 2007 nicht mehr für das Präsidentenamt kandidieren. Er erwägt aber, bei den Parlamentswahlen anzutreten. Er wolle noch zur Demokratie in Osttimor beitragen und mit einer Gruppe von Parteien oder einer neuen Partei antreten, so Gusmao.

Gusmao war aufgrund seiner Haltung bei den Unruhen kritisiert worden, weil er sich zu persönlich in die Geschehnisse eingemischt haben soll. Er bezeichnete es als einen Fehler, Präsident geworden zu sein. Wer bei der Wahl ins Rennen geht, war bei Redaktions-

schluss noch nicht bekannt. Als mögliche Kandidaten wurden General Taur Matan Ruak, Premierminister Jose Ramos Horta und sein Vorgänger Mari Alkatiri gehandelt. Die Parlamentswahlen werden einige Wochen nach der Präsidentenwahl stattfinden. Fretilins Generalsekretär Mari Alkatiri erklärte bereits im Vorfeld, seine Partei werde die absolute Mehrheit erzielen. Oppositionsparteien bezweifeln dies angesichts der Unruhen in 2006, für die sie die Fretilin-Regierung verantwortlich machen.

vgl. Tempo 17.1.07; Diario Nacional 16.1.07; ABC 7.2.07

## Prozess gegen Lobato

Im Januar 2007 begann der Prozess gegen den Ex-Innenminister Rogerio Lobato, dem vorgeworfen wird, im Mai 2006 die Verteilung von Waffen an Zivilisten angeordnet zu haben, damit diese gegen politische Gegner des damaligen Premierministers Mari Alkatiri vorgehen. Dies hatte den Konflikt im vergangenen Jahr noch verstärkt. Lobato war nach Bekanntwerden seiner Rolle in dem Konflikt von seinem Amt zurückgetreten. Lobato erklärte, die Verteilung von Waffen sei nach timoresischem

Recht legal gewesen; außerdem habe er auf Anweisung Alkatiris gehandelt. Die Anklage gegen Alkatiri wurde jedoch aus Mangel an Beweisen fallengelassen. Der Prozess fand unter friedlichen Bedingungen statt, es gab jedoch Proteste nach Alkatiris »Freispruch«, die die Sicherheitslage verschärften. Demonstranten forderten Präsident Gusmao auf, für die Entlassung der verantwortlichen internationalen Richter zu sorgen.

vgl. BBC 9.1.07; Lusa 20.12.06, ABC 9.2.07

## Gesetze vereinfachen

Die osttimoresische Regierung hat angekündigt, Gesetze zu vereinfachen, um Investitionen zu erleichtern. In einer Weltbankstudie nimmt Osttimor den vorletzten Platz ein. Die Weltbankstudie stuft Osttimor als eines der kompliziertesten Länder ein, was Investitionen angeht (nur Kongo rangiert noch hinter Osttimor). Gesetze, Bürokratie und das Steuersystem sollen nun vereinfacht werden, um Investitionen zu erleichtern, die Osttimor dringend benötigt. In der zweiten Hälfte von 2006 wurden

25 ausländische Projekte mit der Regierung abgesprochen: Investoren aus Japan, Südkorea, Australien, Portugal, Kuwait, Singapur, Indonesien und Thailand planen Investitionen in den Bereichen Tourismus, Infrastruktur, Energie, Fischerei und Landwirtschaft. Anfang Dezember 2006 unterzeichnete Osttimor darüber hinaus ein Abkommen mit Kuwait über die Verteilung von Öl und Gas sowie den Bau von Öl-Lagern in Osttimor.

vgl. AFP 13.12.06; ABC, 29.12.06

## Gusmao erhält Ehrendoktorwürde

Xanana Gusmao erhielt am 19. Januar 2007 die Ehrendoktorwürde der United States Sports Academy. Damit soll sein politischer Kampf für Freiheit anerkannt sowie auch seine Arbeit als Staatsoberhaupt geehrt werden. Die Vereinten Nationen, Osttimor und die Akademie betonen den Wert von Sport bei der Entwicklung einer friedlichen Nation. Sport kann zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sowie zur Schaffung einer Kultur des Friedens beitragen. Die US-Sportakademie und Osttimor entwickeln zurzeit Pläne für ein nationales Sportprogramm in Osttimor.

vgl. Presse des Präsidenten, 17.1.07

## Amnestie

Die von der indonesischen und osttimoresischen Regierung im Jahr 2006 ins Leben gerufene Wahrheits- und Versöhnungskommission (KKP) will für Verbrechen von 1999 den Regierungen Amnestie vorschlagen. Diese soll denjenigen gewährt werden, die mit der KKP kooperieren und Informationen liefern, um die Verbrechen aufzuklären. Es gehe in erster Linie darum, die Wahrheit herauszufinden, so Kommissionsmitglied Lt. Gen. Agus Widjojo. Eine weitere Voraussetzung für Amnestie ist, dass der jeweilige Täter seine Taten gesteht und sich bei den Opfern entschuldigt. Die Kommission will bis Juni 2007 rund 70 Personen einladen, darunter hochrangige indonesische Militärs und politische Führer aus Indonesien und Osttimor, um Informationen zu erhalten. Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Amnestieangebote und fordern eine Bestrafung aller Täter.

vgl. JP 17.1.07; The Age 15.1.07

nachrichten

osttimor